

Ronald Friedmann

März 1920 – Gegen Lüttwitz, Kapp und Co.

Vor 100 Jahren ließ ein deutschlandweiter Generalstreik den Putschversuch gegen die Weimarer Republik scheitern

Am 10. Januar 1920 war der Versailler Vertrag in Kraft getreten. Mit seinem Teil V – „Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt“ – wurden Deutschland umfassende Beschränkungen bei den Streitkräften und der Rüstung auferlegt. So musste bis zum 10. März 1920 die Kriegsmarine auf 15.000 Mann reduziert werden, ab dem 10. April 1920 durften der Reichswehr nur noch 100.000 Soldaten und Offiziere angehören.

Am 29. Februar 1920 befahl daher der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske die umgehende Auflösung der Marinebrigaden Erhardt und von Loewenfeld, zweier Freikorps, die unter dem Kommando des Reichswehrgenerals Walther von Lüttwitz standen.

General von Lüttwitz, ein entschiedener und erklärter Gegner der Weimarer Republik, betrachtete die beiden Verbände allerdings als unverzichtbar für seine Truppe. Am 10. März 1920 protestierte er daher beim sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegen den Auflösungsbefehl. Im Beisein Noskes verlangte er von Ebert ultimativ eine verbindliche Zusage für den Erhalt der beiden Brigaden. Mehr noch: General von Lüttwitz konfrontierte das Staatsoberhaupt mit einer Reihe von politischen Forderungen, die die Weimarer Republik grundsätzlich in Frage stellten. Ebert wies diese Forderungen zwar zurück, doch er verzichtete darauf, den General auf der Stelle zu entlassen, und legte ihm lediglich den sofortigen Rücktritt nahe. Allerdings wurde von Lüttwitz noch am selben Abend von Noske das Kommando über die beiden Marinebrigaden entzogen.

Damit geriet der General in Zugzwang, wollte er nicht die Verwirklichung seiner weitgesteckten politischen und militärischen Ziele – die Zerschlagung der Weimarer Republik und die Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland unter seiner Führung – aufgeben.

Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich kursierten in Deutschland bereits seit dem Sommer 1919. Dabei fielen immer wieder die Namen des Generals von Lüttwitz, des Hauptmanns Waldemar Pabst, der im Januar 1919 den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg organisiert hatte, des vormaligen ostpreußischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp und nicht zuletzt des gewesenen kaiserlichen Ersten Generalquartiermeisters (und damit Stellvertreter Paul von Hindenburgs, des Chefs der Obersten Heeresleitung), General Erich Ludendorff. Doch es war bisher stets bei Gerüchten geblieben, und weder die Regierungsbehörden noch die Justiz hatten eine Veranlassung gesehen, diesen Gerüchten nachdrücklich auf den Grund zu gehen.

Doch nun hatte sich die Situation geändert. Aufgeschreckt durch das Auftreten von General von Lüttwitz beim Treffen mit dem Reichspräsidenten und einen einschlägigen Bericht seines Geheimdienstes hatte Noske als „Inhaber der vollziehenden Gewalt“ sogenannte Schutzhaftbefehle gegen Kapp, Pabst und weitere Personen aus dem Umfeld von General von Lüttwitz erlassen, die nunmehr im Verdacht standen, Teil einer republikfeindlichen Verschwörung zu sein. Allerdings waren die Gesuchten rechtzeitig gewarnt worden. Sie konnten untertauchen und in den folgenden Tagen die ihnen beim Staatsstreich zuge dachte Rolle spielen.

Noch am Abend des 10. März 1920 hatte sich General von Lüttwitz nach Döberitz, westlich von Berlin, begeben, wo die Marinebrigade Erhardt stationiert war. Dort hatte er von deren Kommandeur, dem Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt, die Zusage erhalten, dass die Truppe innerhalb von 48 Stunden bereit wäre, nach Berlin zu marschieren. Daraufhin setzte sich von Lüttwitz mit Kapp und den übrigen Mitverschwörern in Verbindung und informierte sie über seinen Entschluss, den Putsch in der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 zu beginnen, obwohl dessen Vorbereitung längst noch nicht abgeschlossen war.

Am 13. März 1920, einem Sonnabend, warnten alle deutschen Tageszeitungen vor dem drohenden Staatsstreich, der zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen hatte. Die „Vossische Zeitung“ titelte: „Die Gefahr der Gegenrevolution“. Das „Berliner Tageblatt“ berichtete von einer „Bedrohung Berlins durch einen Militäraufstand“. Und die „Freiheit“, die Zeitung der USPD, sprach eindringlich von „Stunden der Gefahr“ und kündigte an: „Gegen die monarchistische Reaktion wird die revolutionäre Arbeiterschaft alle geeigneten Mittel anwenden, um sie niederzuwerfen. Und in diesem Kampfe wird das deutsche Proletariat dafür zu sorgen haben, dass dieser elende Spuk der monarchistischen, nationalistischen und militaristischen Dreieinigkeit auf immer aus dem politischen Leben verschwindet.“¹

Der „Vorwärts“, das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, wie es im Untertitel hieß, und damit in gewisser Weise das inoffizielle Sprachrohr des Reichspräsidenten Ebert und des Reichskanzlers Gustav Bauer sah – völlig zu Recht – „Die Republik in Gefahr“ und berichtete auf der Titelseite über den „Militäraufstand in Döberitz“ und den Marsch der Marinebrigade Erhardt auf die Hauptstadt. Gleichzeitig kündigte der „Vorwärts“ vollmundig „Schärfste Gegenmaßnahmen der Regierung“ an.

In den Morgenstunden des 13. März 1920 allerdings, als der „Vorwärts“ seine Leser erreichte, waren bereits alle Bemühungen der Regierung und insbesondere des Reichswehrministers Noske gescheitert, durch Vermittlung ranghoher Offiziere mit den Putschisten zu einer wie auch immer gearteten „Übereinkunft“ zu gelangen und so den Putschversuch doch noch abzuwehren. Und von „Gegenmaßnahmen“ seitens der Regierung war längst keine Rede mehr. Denn General Hans von Seeckt, der Chef des als „Truppenamt“ getarnten, durch den Versailler

¹ Freiheit, Berlin, 13. März 1920.

Vertrag eigentlich verbotenen Generalstabs der Reichswehr, hatte es zuvor abgelehnt, Truppen gegen die Putschisten einzusetzen: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“, so die stark verkürzte Überlieferung seines „Standpunktes“. Doch galt dieser „Standpunkt“ nicht für die Putschisten: Vor dem Abmarsch aus Döberitz hatte Korvettenkapitän Erhardt seiner Truppe befohlen, „kriegsmäßig nach Berlin zu marschieren [und] jeden Widerstand rücksichtslos zu brechen“.²

Folgerichtig flüchteten der Reichspräsident, der Reichskanzler und die Mehrzahl der Minister gegen 6.30 Uhr aus der Hauptstadt und setzten sich zunächst nach Dresden und später nach Stuttgart ab.

Unterdessen zog die Marinebrigade Erhardt mit etwa fünftausend Mann kampflös in das Berliner Regierungsviertel ein. Viele Soldaten und Offiziere hatten sich Hakenkreuze auf die Helme gemalt, als Symbol ihrer „nationalen“ und „völkischen“ Gesinnung.

Die Putschisten übernahmen nun die Regierung. Kapp wurde zum Reichskanzler und Chef einer „Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat“ ernannt, wie es in einer entsprechenden „Kundgebung“ hieß. General von Lüttwitz, der eigentliche „Macher“ des Putsches, beförderte sich mit der Rückendeckung ranghoher Militärs zum Reichswehrminister und damit zum Oberbefehlshaber aller Truppen.

Bei ihrer Flucht aus Berlin hinterließ die Reichsregierung einen überraschenden Appell, der in offensichtlichem Widerspruch zu ihrer bisherigen Politik stand, stets rücksichtslos gegen die revolutionären Kräfte vorzugehen, die die Träger der politischen Veränderungen seit dem November 1918 gewesen waren. Allerdings waren nur die sozialdemokratischen Minister bereit gewesen, diesen Aufruf zu unterzeichnen, die bürgerlichen Minister der sogenannten Weimarer Koalition verweigerten ihre Unterschrift. Sie besiegelten damit de facto das Ende des Regierungsbündnisses, das mit einer kurzen Unterbrechung etwas mehr als ein Jahr, seit der Konstituierung der Nationalversammlung in Weimar im Februar 1919, bestanden hatte.

In dem Aufruf, dem sich wenig später auch der Parteivorstand der SPD anschloss, hieß es: „Arbeiter, Parteigenossen! Der Militärputsch ist da! Die [...] Landsknechte [...] haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen und eine diktatorische Regierung zu bilden. Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze! [...] Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknechtregiment zu unterwerfen. [...] Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. ... Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! [...] Lahmlegung jeden Wirtschaftslebens! Keine Hand darf sich mehr rühren! Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier, vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!“³

² So zitiert in: Sebastian Haffner, *Die deutsche Revolution 1918/19*, Reinbek 2018.

³ Aufruf der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung und des Parteivorstandes der SPD vom 13. März 1920. In: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, Berlin 1966, S. 583 f.

Auch die in Berlin anwesenden Führungsmitglieder der USPD riefen in den frühen Vormittagsstunden des 13. März 1920 zum Generalstreik auf: „Der Putsch der Offiziere und Monarchisten ist zur Wirklichkeit geworden! General Lüttwitz, der Würger der Arbeiterbewegung, ist der militärische Diktator Deutschlands! Die bisherige Regierung ist beseitigt. [...] Es gilt den Kampf für den revolutionären Sozialismus! Gegen die Militärdiktatur! Gegen den weißen Schrecken! Gegen die Wiederherstellung der Monarchie! Tretet in geschlossener und einiger Kampffront in den Generalstreik! Vereinigt Euch zur Verteidigung Eurer Rechte! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der Reaktion der Offiziere und Monarchisten!“⁴

Doch die – informellen – Gespräche zwischen Vertretern der USPD und der KPD sowie der SPD und der Gewerkschaften über ein mögliches gemeinsames Vorgehen gegen den Putsch und die weiteren Ziele des Kampfes, die am Nachmittag des 13. März 1920 in wechselnder Zusammensetzung stattfanden, blieben ohne Ergebnis. Die USPD, unterstützt vom Vertreter der KPD, widersprach jeder Fortsetzung der Regierung Ebert-Bauer-Noske und orientierte auf die Einsetzung einer „sozialistischen Arbeiterregierung“ unter Beteiligung von SPD, USPD und Gewerkschaften. Doch da diese Arbeiterregierung ein Instrument der „Diktatur des Proletariats“ sein sollte, wies die SPD den Vorschlag wegen ihrer „prinzipiellen Ablehnung der Diktatur“ zurück.⁵ Im Ergebnis schloss die USPD jede weitere Zusammenarbeit mit der SPD aus. Artur Crispian, der nur zweieinhalb Jahre später, im September 1922, große Teile der (Rest-) USPD in den Schoß der „Mutterpartei“ zurückführte und dafür – neben Hermann Müller und Otto Wels – zum dritten Vorsitzenden der SPD aufstieg, begründete an diesem 13. März 1920 seine Ablehnung eines Zusammengehens mit der SPD mit der drastischen Feststellung: „Die SPD hat uns [in der Vergangenheit] wie Hunde behandelt, da kann sie nicht von uns verlangen, jetzt alles zu vergessen.“⁶

Die Führung der KPD ging zunächst sogar noch einen Schritt weiter. In einer ersten Erklärung lehnte sie jede Teilnahme am Generalstreik ab, da es sich bei dem Putschversuch aus ihrer Sicht lediglich um den Kampf zwischen „zwei gegenrevolutionären Flügeln“, verkörpert durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert auf der einen Seite und die kaisertreuen Putschisten von Lüttwitz und Kapp auf der anderen Seite, handelte: „Die Ebert-Bauer-Noske sind stumm und widerstandslos in die Grube gefahren. [...] Im Augenblick des Versinkens ruft diese Gesellschaft von Bankrotteuren die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf zur 'Rettung der Republik'. [...] Das revolutionäre Proletariat [...] wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Re-

⁴ So zitiert in: Dieter Engelmann/Horst Naumann, Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993, S. 145.

⁵ Vgl. dazu u.a. ebenda, S. 145 f.

⁶ So zitiert in: Sebastian Haffner, Die deutsche Revolution, a.a.O.

gierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. [...] Es wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürrtige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war.⁷

Erst am folgenden Tag, als der Parteivorsitzende Paul Levi, der sich seit Mitte Januar 1920 auf Befehl von Reichswehrminister Noske in Schutzhaft befand, in die Diskussion eingreifen konnte, korrigierte die Partei ihre sektiererische Haltung und rief nun gleichfalls zum Generalstreik auf: „Nach kurzem Zögern erhebt sich das Proletariat spontan, zornentbrannt gegen die von einer Handvoll Stahlhelmler eingesetzte Diktatur der Generale und Junker. [...] Proletarier in Stadt und Land! Unter der Fahne der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der Arbeiterräte, sammelt Euch zum Kampf gegen die Militärdiktatur. Zur Eröffnung dieses Kampfes führt der Generalstreik.“⁸

Auch und vor allem die Gewerkschaften forderten den Generalstreik. Unter der Losung „Auf zum Generalstreik! Die deutsche Republik ist in Gefahr“ beschworen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände einen „gewaltigen und erdrückenden Abwehrkampf der Arbeiterschaft“ in ganz Deutschland: „Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es sich erkämpft hat, wenn es sie nicht bis zum Äußerten verteidigen würde. Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten.“⁹

Den Aufrufen zum Generalstreik wurde umgehend und massenhaft Folge geleitet, obwohl es für die Vorbereitung und Führung des Generalstreiks keine einheitliche Leitung gab und auch nicht geben konnte. Doch fast überall in Deutschland bildeten sich in kürzester Zeit örtliche und regionale Streikleitungen, Aktionsausschüsse und Arbeiterräte, in denen vor allem Vertreter von USPD und KPD, aber auch der SPD und der Gewerkschaften, ungeachtet ihrer unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Auffassungen, zusammenwirkten.

Bereits in den Nachmittagsstunden des 13. März 1920 kam das öffentliche Leben in weiten Teilen Deutschlands zum Erliegen. Am 14. März 1920 herrschte in Berlin infolge des Generalstreiks eine außergewöhnliche Stille, wie sich Sebastian Haffner, damals gerade einmal 12 Jahre alt, später erinnerte: Seit dem Vorabend „gab es keine Zeitungen, und [...] auch kein Licht. [...] Es gab] auch kein Wasser. Auch die Post bestellte nicht. Es fuhren auch keine Verkehrsmittel. Und die Läden waren geschlossen. Es gab, mit einem Wort, überhaupt nichts. [...] Es geschah sogar gewissermaßen weniger als nichts, nämlich nicht einmal das, was an jedem gewöhnlichen Tag ohnehin geschieht. Keine Schießereien,

⁷ Die Rote Fahne, Berlin, 13./14. März 1920.

⁸ Aus dem Aufruf der KPD vom 14. März 1920, in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 586 f.

⁹ Aus dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände vom 13. März 1920, in: ebenda, S. 584.

keine Demonstrationen, keine Aufläufe und Straßendiskussionen. Nichts.“¹⁰

Ab dem 15. März 1920 hatte der Generalstreik ganz Deutschland erfasst. Insgesamt beteiligten sich zwischen dem 13. und 21. März 1920 mehr als 12 Millionen Menschen an den Protesten.

„Der Generalstreik“, so schilderte es der eben zitierte Sebastian Haffner in seiner Darstellung „Die verratene Revolution“, „nahm der Putschregierung in Berlin vom zweiten Tage ihrer Existenz an jede Möglichkeit zu regieren. Alle Verbindungen zwischen Hauptstadt und Provinzen waren abgeschnitten. Auch in Berlin selbst verloren Militär und Bürokratie die Bevölkerung rapide aus dem Griff. Der 'neuen Regierung' waren die Sehnen und die Stimmbänder durchgeschnitten; die Staatsmaschine lief leer. Selbst mit den örtlichen Truppenteilen gab es Verbindung nur noch durch Kuriere und Meldegänger. Vergeblich verfassten Kapp und seine Mitarbeiter begütigende Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit, vergeblich versprachen sie Neuwahlen, vergeblich dekretierten sie die Todesstrafe für Streikführer, vergeblich nahmen sie das Dekret wieder zurück. Nichts von alledem drang über das Berliner Regierungsviertel hinaus. Die Putschregierung in Berlin war nach drei Tagen Generalstreik ebenso ohnmächtig geworden wie die Exilregierung in Stuttgart. Beide beherrschten nur noch ihre Vorzimmer.“¹¹

Am 17. März 1920 gaben die Putschisten auf. Kapp floh nach Schweden, von Lüttwitz brachte sich wenige Tage später in Österreich in Sicherheit, nachdem er zunächst vergeblich versucht hatte, den Putsch allein weiterzuführen. Doch nachdem der liberale Justizminister Eugen Schiffer, ohne Rückendeckung oder gar Zustimmung des Reichspräsidenten oder des Reichskanzlers, den Putschisten in offiziellen Verhandlungen weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte – vorgezogene Neuwahlen zum Reichstag, Umbildung der Regierung, Zusage einer umfassenden Amnestie für die Putschisten –, erklärte sich auch General von Lüttwitz bereit, den Putsch zu beenden.

Der Generalstreik im März 1920 war der erste – und bisher einzige – politische Massenstreik in der deutschen Geschichte. In gewisser Weise bestätigte er die einschlägigen Überlegungen Rosa Luxemburgs, die sich seit der Russischen Revolution im Jahre 1905 mit der Frage des politischen Massenstreiks befasst hatte. Sie hatte es stets abgelehnt, Massenkämpfe „organisieren“ zu wollen, sondern darauf gesetzt, dass die breiten Massen in einer gegebenen politischen Situation, gestützt auf die Erfahrungen früherer Auseinandersetzungen und in Übereinstimmung mit den aktuellen Erfordernissen, sich spontan und massenhaft zum politischen Kampf entscheiden würden. Bereits 1910 hatte sie festgestellt: „Die moderne proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach irgendeinem fertigen, in einem Buch, in einer Theorie niedergelegten Schema, der

¹⁰ Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933. Stuttgart-München 2000

¹¹ Sebastian Haffner, Die deutsche Revolution 1918/19, a.a.O.

moderne Arbeiterkampf ist ein Stück in der Geschichte, ein Stück der Sozialentwicklung, und mitten in der Geschichte, mitten in der Entwicklung, mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen.“¹²

Anders als in den Tagen der Novemberrevolution 1918, als die spontane Volksbewegung, ausgehend vom Aufstand der Matrosen der kaiserlichen Flotte, auf die Beseitigung der Monarchie und die Errichtung einer neuen, demokratischen Ordnung zielte, ging es der übergroßen Mehrheit der Streikenden im März 1920 um die Verteidigung des Bestehenden, der Weimarer Republik. Zwar war sich diese Mehrheit der blutigen, politisch motivierten Gewalt bewusst, von der das Land seit den Januartagen 1919 immer wieder erschüttert wurde. Durch diese Gewalt hatten bereits viele tausend Menschen ihr Leben verloren, so bei der gewaltsamen Beendigung der fälschlich als „Spartakusaufstand“ bezeichneten Proteste im Januar 1919 in Berlin, bei den Berliner Unruhen im März 1919, bei der Niederwerfung der Bayerischen Räterepublik im Mai 1919 und nicht zuletzt am 13. Januar 1920 während einer friedlichen Kundgebung gegen das sogenannte Betriebsrätegesetz vor dem Reichstag, wo durch den zügellosen Polizeieinsatz wiederum viele Dutzend Menschen gestorben waren und Hunderte verwundet wurden. Doch erstaunlicherweise wurden diese Gewaltexzesse mehrheitlich den Freikorps und anderen republikfeindlichen Kräften angelastet, weniger der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung, obwohl diese, und insbesondere ihr Reichswehrminister Noske („Einer muss der Bluthund werden!“¹³), in einer Vielzahl der Fälle die unmittelbare Verantwortung für die Gewalttaten trug, nicht zuletzt, weil sie die Freikorps schlicht gewähren ließ oder sie sogar wiederholt zu Instrumenten ihrer Politik gemacht hatte.¹⁴

Insofern konnte es nicht überraschen, dass es der nach Berlin zurückgekehrten Reichsregierung innerhalb kürzester Zeit gelang, die Gewerkschaften von der „Notwendigkeit“ zu überzeugen, den Generalstreik zu beenden und zur „Normalität“ zurückzukehren. Das von den Gewerkschaften am 18. März 1920 vorgelegte, in Teilen erstaunlich radikale Neun-Punkte-Programm, das u.a. Verstaatlichungen in der Wirtschaft, Bestrafung der Putschisten und weitgehende gewerkschaftliche Mitbestimmungsrechte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik forderte, wurde von der Reichsregierung lediglich in deutlich abgeschwächter Form akzeptiert, wobei von Anfang an klar war, dass die Reichsregierung weder bereit noch in der Lage war, dieses Programm auch nur ansatzweise zu erfüllen. Dennoch riefen die Gewerkschaften bereits am 20. März 1920 zur sofortigen

¹² Rosa Luxemburg, *Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften*. Rede in der Generalversammlung der Freien Gewerkschaften in Hagen, 1. Oktober 1910, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Berlin 1986, S. 463-483, hier S. 465.

¹³ Noske hat die Authentizität dieser ihm zugeschriebenen Aussage in seinen Memoiren selbst bestätigt. Vgl. dazu: Gustav Noske, *Von Kiel bis Kapp*. Zur Geschichte der deutschen Revolution. Berlin 1920, S. 68.

¹⁴ Eine bemerkenswerte Analyse der politischen Gewalt in den ersten Jahren der Weimarer Republik und der Verantwortlichkeiten lieferte der Publizist Ernst Julius Gumbel bereits im Jahre 1922: *Ernst Julius Gumbel, Vier Jahre politischer Mord*, Berlin 1922.

Beendigung des Generalstreiks auf. Am 22. März 1920 erneuerten die Gewerkschaften, unterstützt von SPD und USPD, die Aufforderung, den Generalstreik zu beenden. Im Verlauf des 23. März 1920 wurde schließlich fast überall die Arbeit wieder aufgenommen.

Doch in einigen Teilen Deutschlands war die organisierte Arbeiterbewegung, unter dem maßgeblichen Einfluss des linken Flügels der USPD und, in geringem Maße, der organisatorisch noch immer schwachen KPD, bereit und entschlossen, ausgehend vom Generalstreik – und dabei weit über die ursprünglichen Forderungen des Generalstreiks hinausgehend – erneut und konsequent jene Ziele anzustreben und auch tatsächlich zu verwirklichen, die mit der Novemberrevolution und den nachfolgenden Kämpfen nicht erreicht werden konnten: Errichtung der Räte­demokratie, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Ent­waffnung und Auflösung der konterrevolutionären Organisationen.

Im Vogtland war es der legendäre Max Hoelz, dem es innerhalb weniger Tage gelang, eine etwa 5.000 Mann starke „Rote Armee“ aufzubauen, die Reichswehr aus der Region zu vertreiben und erste Elemente einer Räte­macht zu etablieren. Auch in Thüringen, das zu dieser Zeit noch aus einer Vielzahl von Kleinstaaten bestand, bildeten sich bewaffnete proletarische Hundertschaften, die den Kampf mit der Reichswehr, den Freikorps und rechtsradikalen „Bürgerwehren“ aufnahmen.

Die größten Kämpfe jedoch fanden im Ruhrgebiet statt. Im Bezirk Niederrhein hatten bereits am 14. März 1920 Vertreter von KPD, SPD und USPD ein Bündnis zur Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches geschlossen und einen Aufruf erlassen, in dem sie erklärten: „Der einheitliche Kampf ist zu führen mit dem Ziele: 1. Erringung der politischen Macht, durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus, auf der Grundlage des Rätessystems. 2. Sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige.“¹⁵ Ausgehend von diesem Aufruf bildeten sich in vielen Orten spontan lokale Arbeiterräte, die umgehend die politische Macht übernahmen. Parallel dazu entstand innerhalb weniger Tage die „Rote Ruhrarmee“ mit beinahe 100.000 Kämpfern, die nicht nur bewaffnet waren, sondern als Teilnehmer des Ersten Weltkriegs auch über umfassende militärische Erfahrungen verfügten. Die proletarischen Truppen gingen entschlossen gegen die im Ruhrgebiet stationierten Freikorps vor und konnten bis zum 23. März 1920 mehrere große Städte und die umliegenden Gebiete, u.a. Bochum, Dortmund, Duisburg, Hamborn und Hamm, „erobern“. Am 20. März 1920 konstituierte sich in Essen ein „Zentralrat der Arbeiterräte“, eine vergleichbare „Zentrale“ entstand auch in Hagen.

Die Reichsregierung versuchte zunächst, die Lage im Ruhrgebiet durch Verhandlungen wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine Delegation unter Leitung des eigens zu diesem Zweck ernannten Reichs- und Staatskommissars für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, des Sozialdemokraten Carl Severing

¹⁵ Aufruf gegen die Putschregierung – Niederrhein, 14. März 1920: sh. www.deutsche-revolution.de/aufruf-gegen-die-putschregierung-niederrhein (Stand: 29. 12. 2019).

(SPD), wurde nach Bielefeld entsandt, wo am 24. März 1920 mit Vertretern der linken Parteien und der Gewerkschaften das Bielefelder Abkommen ausgehandelt wurde. In siebzehn Punkten wurden u.a. die sofortige Einstellung der Kämpfe, die Ablieferung der Waffen und die Straffreiheit für alle Angehörigen der Roten Ruharmee vereinbart.

Doch die weiterhin SPD-geführte Reichsregierung war keineswegs gewillt, das Abkommen auch zu erfüllen. Sie entsandte, entgegen den Vereinbarungen, buchstäblich nur Stunden nach der Unterzeichnung Militär in das Ruhrgebiet, um die Aufständischen doch noch gewaltsam niederzuwerfen. Zu den Truppen, die zwischen dem 27. März und dem 12. April 1920 ein unvorstellbares Blutbad mit mehreren Tausend Toten anrichteten, gehörte bezeichnenderweise auch die Marinebrigade Erhardt, die nur Tage zuvor die entscheidende militärische Kraft beim Kapp-Lüttwitz-Putsch gewesen war.